im Einheitsfrontausschuß bejaht. Es scheint aber, als ob jetzt die CDU-Führung dieser Alternative aus dem Wege gehen will. An die Stelle einer solchen gesamtdeutschen Beratung, die gerade vor der Londoner Konferenz von großer Bedeutung wäre, stellt sie die Forderung nach Schaffung eines Konsultativrates, die aber auf der Moskauer Außenministerkonferenz bereits ablehnend entschieden wurde und vorläufig keine Aussicht auf Verwirklichung hat. Mit seiner ablehnenden Haltung zu einer gesamtdeutschen Beratung der Parteien steht Schumacher ebenfalls im Gegensatz zu der Mehrheit der Xvfitglieder der Sozialdemokratischen Partei. Wie in allen Fragen, die die Interessen der Arbeiterbewegung und die Lebensfragen des deutschen Volkes betreffen, sich Schumacher auf einen negierenden und ablehnenden Standpunkt stellt, so auch in der Frage der Sicherung der Einheit Deutschlands.

Die reaktionären Kräfte im In- und Auslande unternehmen die stärksten Versuche, das deutsche Volk in der Frage der Einheit Deutschlands mit einer zugespitzten Hetze gegen die sowjetische Besatzungszone und gegen die Sowjetunion zu verwirren. Hier wirft man sich gegenseitig die Bälle zu, wobei auch Schumacher in dieser Keihe nicht fehlt. Neuerdings ist es der sogenannte Marshall-Plan, mit dem das deutsche Volk für die Politik der westlichen Besatzungsmächte eingefangen werden soll. Mit einer in Aussicht gestellten Dollaranleihe soll angeblich dem deutschen Volke geholfen werden, seine Wirtschaft aufzubauen und seine Ernährung zu sichern. Aber dafür soll es die Selbständigkeit und Unabhängigkeit seiner Wirtschaft preisgeben und sich den Interessen des amerikanischen Monopolkapitals unterordnen. Vor allem ist dieser Plan gegen alle Enteignungstendenzen gerichtet und soll der Sicherung des Einflusses des monopolistischen Großkapitals dienen. Wenn in dieser Richtung auch starke Meinungsverschiedenheiten zwischen der englischen und der amerikanischen Regierung bestehen, weil es hierbei um den beherrschenden Einfluß des amerikanischen Monopolkapitalismus auf dem Kontinent geht, so besteht doch volle Übereinstimmung, die Kräfte der Reaktion in Deutschland zu stärken und den Vormarsch der demokratischen Entwicklung in Deutschland aufzuhalten. Der Parteivorstand hat wiederholt und auch in Verbindung mit den beiden bürgerlichen Parteien im Einheitsfrontausschuß zu der Frage der Einheit Deutschlands und gegen diese die Einheit bedrohenden Maßnahmen Stellung genommen, dabei aber immer stark die Verantwortung und die Rolle der Partei zur Mobilisierung des werktätigen Volkes für den Kampf um die Einheit Deutschlands hervorgehoben.